

Wie ist qualitatives Wachstum möglich?

5. Gespräch:

Wirtschaftlich und politisch: Wie umsteigen auf „nachhaltiges Wachstum

(sustainable development)? Institutionelle, organisatorische Chancen und Barrieren, politische Anreize und Rahmenbedingungen einer Versöhnung von Ökonomie und Ökologie.

Die Natur als dritter Sozialpartner.

Richtlinien für ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften.

Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger

Wir leben heute in einer Zeit des Umbruchs, in der Neuorientierung eine Notwendigkeit geworden ist. Neue Möglichkeiten öffnen sich, vor allem seit der Beendigung des Ost-West-Konflikts und der dadurch ermöglichten Expansion der Märkte, mit neuen Chancen, aber auch mit neuen Gefahren. Gerade in solchen Zeiten der Veränderung braucht es eine langfristige Perspektive. Eine solche ist mit der Rio-Konferenz von 1992 geschaffen worden. Sie hatte zum Ziel, Grundlagen für ein Sustainable Development zu legen. Ins deutsche übertragen wir „sustainable“ mit „nachhaltig“. Wir sprechen auch von einer „dauerhaften und umweltgerechten Wirtschaftsweise“.

Im folgenden möchte ich versuchen, dieses Leitziel zu begründen und zu konkretisieren. Dies soll in zwei Schritten erfolgen:

Erstens gilt es ein neues Verständnis über die Rolle und den Beitrag der Natur bzw. der Umwelt im Wirtschaftsprozess zu gewinnen.

Zweitens müssen diese Richtlinien aus der heutigen Problemlage heraus in die Praxis umgesetzt werden. Dabei ist sowohl den Anliegen der Wirtschaft als auch denjenigen der Umwelt Rechnung zu tragen.

Erstens: Zum Einbezug der Natur bzw. der Umwelt in die Ökonomie

Für die herkömmliche Ökonomie war bzw. ist noch weitgehend das Sozialprodukt (P) allein eine Funktion von Arbeits- und Kapitaleinsatz. Es gilt:

$$P = f(A, K)$$

Wenn man sagt: das Sozialprodukt (P) sei eine Funktion von Arbeit (A) und Kapital (K), heißt dies, von rechts nach links gelesen: man nehme X Einheiten Arbeit, und Y Einheiten Kapital, dann entstehen Z Einheiten Sozialprodukt. Die Natur und die Leistungen der Natur werden ausgeblendet. Das ist so, wie wenn man einen Kuchen nach dem Rezept backen will: man nehme einen Topf und einen Löffel (das Kapital) und rühre so und so lange darin herum (die Arbeit). Das Resultat sei ein Kuchen. Was wird aber entstehen?

Nichts! Ohne Mehl, Eier, Zucker wird es keinen Kuchen geben. Dasselbe gilt für die Wirtschaft. Man kann ohne Natur – d. h. ohne Material, das man der Natur entnimmt – nichts produzieren, und umgekehrt kann der Konsum nichts vernichten, sondern entläßt alles in Form von Abfällen und Emissionen wieder in die Natur. Nichts wird aus nichts. Ebenso gilt: nichts wird zu nichts. Produzieren und Konsumieren ist also im Grunde nur Transformation von natürlichen Stoffen. Diese fügt zwar den Stoffen einen gewissen Nutzen hinzu bzw. nimmt ihn weg, aber vermehrt oder verringert sie nicht in ihrer Substanz. Das ist offensichtlich. Wie hat man dann aber überhaupt in der Ökonomie so tun können, als ob man allein aus Arbeit und Kapital etwas herstellen könne? Wie hat man eine solche Produktionsfunktion allein mit Arbeit und Kapital, ohne Natur aufstellen können, zumal ja die natürlichen Substanzen auch außerhalb von Produktion und Konsum einen Nutzen (als Natur) oder einen Unnutzen (als Abfall) haben bzw. haben können.

Die Erklärung ist folgende: Die Ökonomie orientiert sich immer noch an der vorindustriellen Produktionsweise, in der nur erneuerbare, regenerierbare Ressourcen genutzt werden und dies nur soweit, als sie erneuerbar bleiben. Erneuerbare Ressourcen sind die Grundlagen der Landwirtschaft sowie der Wald-, Weide- und Fischwirtschaft. Wenn diese Ressourcen genutzt werden, entstehen aus den Abfällen immer wieder neue Ausgangsstoffe. Die Abfälle werden durch die ökologischen Kreisläufe wieder zu Erde, Wasser, Luft, Nährstoffen, also zu neuen Ressourcen. Dies macht die Natur allein. Man muß ihr dabei nicht helfen. Sie macht es – das ist entscheidend – gratis. Der Regenerationsprozess darf als Geschenk betrachtet werden. Geschenke sind aber nicht Teil der Wirtschaft. Zur Wirtschaft zählt nur, was man – real und monetär – bezahlen muß. Solange also der Regenerationsprozess gewährleistet blieb, und solange im wesentlichen nur regenerierbare Ressourcen verwendet wurden, solange war es nicht notwendig, die Natur explizit in die Produktionsfunktion aufzunehmen. Man durfte sagen: Die Gratisleistung der Natur ist nicht Gegenstand der Wirtschaft, auch wenn sie selbstverständlich immer mitwirkt.

In einer solchen Wirtschaft muß man sich nur um Produktion und Konsum im engeren Sinne kümmern, nicht um die natürlichen Prozesse, die dahinter stehen. In diesem Sinne darf man daher diese einfache Produktionsfunktion vor allem von links nach rechts lesen, nämlich nicht vor allem als Aussage darüber, wie das Sozialprodukt entsteht, sondern wie es verteilt werden kann. Einen Anteil am Sozialprodukt beanspruchen nur diejenigen Produktionsfaktoren, die ohne eine Gegenleistung, die zumindest dem Reproduktionsaufwand entspricht, nicht zur Verfügung stehen, nämlich Arbeit und Kapital. Ihnen bzw. den beiden Sozialpartnern, die hinter Arbeit und Kapital stehen, den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, kann alles, was produziert wird, zur Verfügung gestellt werden. Die Natur fordert in der traditionellen Wirtschaft keine Gegenleistung, keinen Reproduktionsaufwand, so daß man ihren Produktionsbeitrag ohne weiteres an Arbeitnehmer und Arbeitgeber mitverteilen kann. Man kann daher sozusagen in verkürzter Form schreiben:

In der Folge wurde aber diese Produktionsfunktion mißverstanden. Sie schien anzudeuten, daß die Natur überhaupt nicht an der Produktion mitwirke, daß sie daher auch am Wachstum der Produktion gar nicht beteiligt sei. Wohl hat man festgestellt, daß das Sozialprodukt schneller zunimmt als der Arbeits- und Kapitaleinsatz, daß also noch ein anderer Faktor beteiligt sein muß. Diesen nannte man aber einfach technischen Fortschritt (F), und schrieb:

$$P = f(A, K, F) \quad P = f(A, K, F)$$

Man verstand aber unter F nur einen Faktor, der wie Manna vom Himmel regnet, und daher als solcher nichts kostet, dem man daher auch nichts bezahlen muß. Er gilt einfach als verlängerter Arm von Arbeit und Kapital, dessen Beitrag ohne weiteres an Arbeitnehmer und Arbeitgeber mitverteilt werden kann.

In Wirklichkeit steht aber hinter dem technischen Fortschritt neben dem Einsatz menschlicher Intelligenz für Forschung und Entwicklung auch eine immer intensivere Nutzung der Natur, indem aus der Natur nicht nur Material, sondern auch Energie entnommen wird, und mit Hilfe der Energie auch immer mehr Material. Die Zunahme des Energieverbrauchs in den letzten 150 Jahren macht diese enorme Intensivierung deutlich.

Dabei wird bei einer solchen Intensivierung in hohem Mass Raubbau an erneuerbaren Ressourcen betrieben, so daß ihre Erneuerbarkeit nicht mehr gewährleistet ist. Vor allem aber werden nicht-erneuerbare, d. h. erschöpfbare Ressourcen, wie Metalle, chemische Grundstoffe, fossile Energieträger, Uran usw. verwendet, die mit der Verwendung verbraucht werden. Die Abfälle und Emissionen aus nicht-erneuerbaren Ressourcen bleiben daher „liegen“, d. h. sie erneuern sich ex definitione nicht und führen damit zur Umweltverschmutzung und -zerstörung. Zur Umweltbelastung im weiteren Sinne des Wortes gehören auch die Grossrisiken, die mit den neuen Techniken wie Kernkraft und Gentechnik verbunden sind. All das vollzieht sich hinter dem Vorhang dieses „F“, des sog. technischen Fortschritts.

Um der Umwelt eine Chance zu geben, müssen wir nun den Vorhang dieses „F“ auf die Seite schieben, die Natur dahinter hervorholen und deutlich machen, was mit ihr geschieht. Dann sehen wir, daß die moderne Wirtschaft schon längst nicht mehr nur auf Geschenken der Natur beruht, bei der ihre Substanz erhalten bleibt, sondern auch auf einem Raubbau an natürlichen Ressourcen, bzw. auf einer Übernutzung der Natur, der die Substanz zerstört und zunehmend Unnutzungen produziert. Damit wird die Funktionsfähigkeit der Natur sowohl als Wirtschaftsgrundlage für die künftigen als auch als Lebensgrundlage für die gegenwärtigen und die künftigen Generationen in Frage gestellt.

Um eine solche Entwicklung zu vermeiden, muß der Rahmen der Wirtschaft wesentlich weiter gespannt werden, als dies im herkömmlichen Selbstverständnis der Wirtschaft der Fall ist. Nicht nur die Reproduktion

von Arbeit und Kapital, sondern auch die Reproduktion bzw. Instandhaltung der Natur muß als Aufgabe der Wirtschaft betrachtet werden. Die Natur (N) muß als dritter Produktionsfaktor und auch als dritter Sozialpartner anerkannt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß mit dem wirtschaftlichen Prozess nicht nur das Sozialprodukt hergestellt, sondern auch die Umweltqualität (U) als Teil der Lebensqualität positiv oder negativ beeinflusst wird. Wir müssen daher die Produktionsfunktion in folgender Weise erweitern:

Nur das Ergebnis des technischen Fortschritts als solches, nicht das Ergebnis, das sich aus der Übernutzung der Natur ergibt, kann an Arbeit und Kapital mitverteilt werden. Das heißt, daß entweder die Natur einen Anteil am Sozialprodukt erhalten muß, daß also ein Teil desselben der Natur in Form bestimmter ökonomischer Aktivitäten zurückerstattet werden muß, oder daß die Natur im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsweise dadurch in ihrer Substanz bewahrt bleibt, daß auf bestimmte Möglichkeiten ihrer Nutzung bzw. Übernutzung verzichtet wird. Das heißt: so oder so muß für die Natur etwas bezahlt werden, im Sinne der effektiven Zahlung oder im Sinne eines Verzichts, so daß nicht mehr „alles“ auf Arbeit und Kapital verteilt werden kann bzw. nicht alles produziert werden kann, was an sich möglich wäre. Dies bedeutet: wir müssen die Natur bzw. die Umwelt in den verschiedensten Stufen des Wirtschaftsprozesses nicht nur als Produktionsfaktor, sondern auch als Anspruchsfaktor bzw. als Sozialpartner berücksichtigen. Das heißt: man muß Umweltschutz im weitesten Sinn des Wortes betreiben.

Der gesamte Prozess vom Gebrauch bzw. Verbrauch der natürlichen Ressourcen bis zu den Abfällen und Emissionen inklusive die Tätigkeiten, die weder dem unmittelbaren Konsum oder der Investition in Maschinen und Gebäude dienen, sondern der Reproduktion der Natur, sind als Teil der Wirtschaft zu betrachten. Dabei geht es nicht nur um die Herstellung des Sozialprodukts im engeren Sinne, sondern auch um die Herstellung, Bewahrung oder Wiederherstellung von Lebens- bzw. Umweltqualität.

Die Forderung nach Anerkennung der Natur als dritten Sozialpartner ist allerdings – das muß man zugeben – ein Ärgernis. In den letzten Jahrzehnten haben sich die beiden Sozialpartner Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr oder weniger darüber verständigt, wie das Sozialprodukt bzw. dessen Zuwachs aufzuteilen ist. Und nun kommt ein Dritter, der sagt: „Halt, ich will auch einen Teil davon!“ Wie sehr dies ein Ärgernis ist, zeigen die vielfachen Klagen über die zu großen Belastungen durch die Umweltschutzkosten, obwohl die Gesamtaufwendungen des produzierenden Gewerbes für Umweltschutz in der Bundesrepublik, gemessen am Produktionswert, nur etwa 0,7 bis 1 Prozent ausmachen.

Man muß zwar für diese Klagen auch Verständnis haben, zumal ja in einzelnen Branchen die Anteile der Umweltschutzkosten durchaus höher liegen können, aber auch weil ein Prozent der Kosten schon ein relevanter Betrag ist; ich komme auf die sich daraus ergebende Wettbewerbsproblematik noch zurück.

Trotzdem muß man sich diesem Ärgernis stellen, einmal weil sich die Sache selbst, die Umweltproblematik, angesichts des Ausmasses der Eingriffe in die Natur (ich verweise nochmals auf die Steigerung der Energienutzung seit dem Zweiten Weltkrieg!) nicht durch Wegschauen verdrängen läßt, zum anderen aber, weil man sonst die Chancen verpaßt, wirtschaftliche und umweltpolitische Anliegen so zu integrieren, daß ein Optimum für die Wirtschaft erreicht wird. Dies ist gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie heute von großer Bedeutung.

Zweitens: Strategie für ein nachhaltiges Wirtschaften

Eine entscheidendes Instrument zur Senkung des Ressourcenverbrauchs und zur Reduktion in der Umweltbelastung ist die Energiesteuer. Wir werden um die Einführung einer solchen Steuer nicht herumkommen. Davon bin ich überzeugt. Dabei sage ich bewußt Energie- und nicht CO₂-Steuer. Es sollen nicht bloß Substitutionsprozesse in Gang gesetzt werden. Fast jeder Energieverbrauch, gleich welcher Energieträger, ist sozusagen ein Angriff auf die Umwelt. Ich bin aber der Meinung, daß bei der Einführung der Energiesteuer gleichzeitig dem Kriterium der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und vor allem der Beschäftigung entscheidende Bedeutung beigemessen werden muß. Ich wiederhole daher hier meinen schon vor längerer Zeit vorgebrachten Vorschlag, mit der Energiesteuer einen Teil der Lohnnebenkosten zu ersetzen, also z. B. die Altersrenten mitzufinanzieren. Damit wird die Umweltbelastung, die zum größten Teil direkt oder indirekt aus der Energieproduktion und -nutzung resultiert, vermindert, und gleichzeitig die Bewahrung und Schaffung von Arbeitsplätzen wieder attraktiver gemacht. Der Trend zur Freisetzung von Arbeitskräften wird gebremst und vielleicht sogar umgekehrt, ohne daß ein Sozialabbau mit gesellschaftlich unerwünschten Konsequenzen erfolgt. Der dritte Sozialpartner „Natur“ wird auf diese Weise optimal nicht nur in die Produktionsfunktion, sondern in die Verteilungsfunktion eingegliedert. Unter dem Aspekt der internationalen Konkurrenz ist es wichtig, daß die Kostenbelastung der Wirtschaft als ganzes mindestens gleich bleibt. Dies ist der Fall, weil genau in dem Ausmass, als sich die Energie verteuert, die Lohnkosten sinken. Die Industrie im speziellen dürfte sogar insgesamt von einer solchen Umstellung profitieren. D. h. die von der Industrie aufzubringende Energiesteuer ist geringer als die eingesparten Lohnnebenkosten. Warum? In dem Ausmass als durch geringere Umweltverschmutzung die Umweltkosten zurückgehen und durch vermehrte Beschäftigung die Kosten der Arbeitslosenversicherung sinken, wird die Steuer- bzw. Abgabenbelastung als ganzes reduziert. Darüberhinaus sind für besonders energieintensive Industrien Sonderregelungen durch sog. Kooperationsmodelle vorzusehen.

Die Welt wird aber nicht nur durch die Steuern gelenkt, sondern vor allem durch das Geld und die Art und Weise wie es in Umlauf kommt. Das wesentliche am Geld ist – so könnte man überspitzt sagen – seine Vermehrung. Alle wollen ja mehr verdienen als sie ausgeben. Dies ist nur möglich, wenn ständig Geld zufließt. Dann aber ist es möglich. Früher einmal, als es noch aus Gold und

Silber bestand, vermehrte sich das Geld in dem Ausmass, als man in den Bergwerken fündig wurde, später zusätzlich im Ausmass der sog. Geldverschlechterung, als man dem Gold und Silber minderwertiges Metall beimischte und schließlich Münzen aus Blech herstellte. Heute im Zeitalter der – so könnte man sagen: legalisierten Geldverschlechterung, da man Blech durch Papier bzw. durch elektronische Notierungen ersetzt, kommt es durch Kreditaufnahme bei den Banken in Umlauf. Diese Kreditaufnahme erfolgt entweder durch den Staat zur Finanzierung seines Budgets oder durch die Privaten zur Finanzierung von Investitionen. Bei jedem einzelnen Kredit erhöht sich die Geldmenge in dem Ausmass als die Finanzierung auf der sog. Kredit-Bankgeldschöpfung aufbaut. Das aber heißt nichts anderes als daß die Banken eine entscheidende Mitverantwortung für die Investitionen und damit die Ausrichtung des wirtschaftlichen Wachstums haben. Wohl teilen sie diese Mitverantwortung mit der Zentralbank, denn der Kredit- und Geldschöpfungsprozess kann nur dann weiter gehen, wenn die Zentralbank – genauer: das Zentralbankensystem – bereit ist, Kredite von den Banken zu übernehmen und ihnen dafür Guthaben bei sich einzuräumen. Aber die aktive Kreditgewährung, d. h. die Auswahl der Kredite, erfolgt durch die Banken, nicht durch die Zentralbank. Allmählich beginnen die Banken die Verantwortung, die ihnen auf diese Weise auch für die Erhaltung der Umwelt zukommt, zu begreifen.

Dabei geht es in erster Linie um das Kreditgeschäft. Am weitesten gehen hier die Alternativbanken, die dank eines Zins- oder Teil-Zinsverzichtes der Anleger ökologisch ausgerichteten Investitionen einen verbilligten Kredit geben können.

Immerhin haben auch die wichtigsten Banken der Welt, außerhalb der Vereinigten Staaten, im Rahmen der UNEP eine Erklärung über „Umwelt und Banken“ abgegeben, die bisher von 55 Banken unterschrieben worden ist. Dazu gehören auch die drei deutschen Grossbanken. Das Interessante daran ist, daß „in der langfristig tragfähigen Entwicklung eine entscheidende unternehmerische Verpflichtung“ gesehen wird, auch wenn diese noch weitgehend dem Risikomanagement unterstellt bleibt. Je nach der Art und Weise, wie diese Umweltrisiken als Kriterium der Krediterteilung ernst genommen werden, ist damit aber bereits ein wichtiger Schritt getan. Dies bedingt den Aufbau eines entsprechenden Prüfungsinstrumentariums und –organisation, wobei es sehr auf eine konzertierte Aktion der Banken ankommt.

Sollte dieses freiwillige Engagement der Banken nicht genügen, so müßte es durch eine entsprechende Politik der Zentralbanken ergänzt werden. Ich habe 1983 im Buch „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ vorgeschlagen, daß die Zentralbanken – ich denke vor allem an die zukünftige „Europäische Zentralbank“ – ihre Politik nicht nur an der Preisstabilität ausrichtet, sondern auch an der Umweltstabilität, gemessen an der Stabilisierung des Energieverbrauchs: je geringer die Zunahme des Energieverbrauchs, um so weniger restriktiv braucht die Zentralbank zu sein. Sorgsames Haushalten mit

den beschränkten Gütern der Erde bedeutet keineswegs Stillstand der technologischen und organisatorischen Entwicklung oder gar ein Einfrieren bestehender Produktionskapazitäten und Fixierung des Produktionsniveaus durch Null-Wachstum. Im Gegenteil, Forschung und Planung sollen offen bleiben für neues Denken und neue Methoden. Der Erfolg ist aber nicht mehr nur an steigenden Güterproduktionsziffern abzulesen, sondern auch an der Steigerung der Lebensqualität.

Ergänzend zur Energiesteuer und zur Neuorientierung der Geldpolitik muß der Umweltschutz in die einzelnen Wirtschaftspolitiken integriert werden, insbesondere in die Landwirtschaftspolitik, Verkehrspolitik und Forschungspolitik. Dabei kann uns die Mahnung Günther Altners im dritten Kempfenhausener Gespräch begleitend sein, mit deren Zitierung ich enden möchte: Alles in allem geht es – so sagt er – „um die Mobilisierung eines neuen Zusammenhangwissens, das die harten Fakten des Spezialwissens aufnehmen, dann aber auch in ökologische und soziale Zusammenhänge integrieren und von dort her neu bewerten muß.“